

Eine Zwangsabgabe für Cola-Liebhaber

PHILADELPHIA Die erste US-Grossstadt beschliesst eine Steuer auf Getränken mit natürlichen oder künstlichen Süsstoffen. Die Hersteller der Getränke wehren sich heftig.

RENZO RUF, WASHINGTON
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Bis in letzter Minute wurde gefeilscht. Doch dann beschloss eine Mehrheit des Stadtparlaments von Philadelphia im Bundesstaat Pennsylvania am Donnerstag, ein Stück Geschichte zu schreiben: Als erste amerikanische Grossstadt wird die herbe Industriemetropole am Delaware River – Einwohnerzahl: 1,6 Millionen Menschen – eine Strafsteuer auf Süsstoffen erheben. Die «Soda Tax» beläuft sich umgerechnet auf 49 Rappen pro Liter.

Von dieser Abgabe betroffen sind ab dem nächsten Jahr nicht nur Coca-Cola und Pepsi, sondern sämtliche Getränke mit natürlichen oder künstlichen Süsstoffen, und damit auch Erfrischungsgetränke ohne Kalorien. Ausgenommen sind einzig Produkte, die mehr als 50 Prozent Milch, frische Früchte oder frisches Gemüse enthalten.

Geld für das Bildungswesen

Bezahlt werden muss die Steuer allerdings nicht direkt durch den Konsumenten; zur Kasse gebeten werden

vielmehr Grosshändler und Ladengeschäfte. Diesen steht es frei, die Steuer auf die Konsumenten zu überwälzen. Der Stadtpräsident von Philadelphia, der Demokrat Jim Kenney, rechnet mit Mehreinnahmen von 91 Millionen Dollar pro Jahr. Dieses Geld will er in erster Linie im Bildungsbereich investieren; so sollen zusätzliche Plätze in Frühkindergärten geschaffen werden. Allein: Ein Kolumnist der Lokalzeitung «Philadelphia Inquirer» warnte Kenney gestern davor, das Geld bereits auszugeben. Denn noch ist die Steuer nicht in Kraft.

Getränke-Lobby: «Illegale Steuer»

Gegner und Befürworter gehen davon aus, dass die mächtige Getränke-Lobby die Abgabe gerichtlich anfechten werde. Die American Beverage Association – die 5 Millionen Dollar aufwendete, um eine Verabschiedung der Steuer zu verhindern – sprach in einer ersten Reaktion von einer «gesetzeswidrigen» Steuer und kündigte eine Klage an.

Für die Interessengruppierung steht viel auf dem Spiel. Denn das Experiment in Philadelphia wird im Rest des Landes mit Argusaugen beobachtet. Süsstoffen gelten als eine der Triebfedern der Fettlepidemie, unter der Amerika leidet. Politiker nehmen deshalb immer wieder Anläufe, den Konsum der Erfrischungsgetränke – die gerade unter ärmeren Amerikanern sehr beliebt sind – künstlich zu verteuern. Gemäss einer Aufstellung der American Beverage Association (ABA) sind in den vergangenen acht Jahren



Mit einer Steuer auf Süsstoffen wie Pepsi-Cola will man in Philadelphia gegen Fettleibigkeit vorgehen. Getty

aber 43 Anläufe, eine «Soda Tax» zu verabschieden, gescheitert. Auch Michael Bloomberg, damals Stadtpräsident von New York, biss sich an der ABA die Zähne aus. Sein Versuch, den Konsum von Süsstoffen einzudämmen, scheiterte 2013 vor Gericht.

Berkeley kennt ähnliche Steuer

Einzige Ausnahme: die Universitätsstadt Berkeley in Kalifornien, die eine entsprechende Abgabe im November 2014 an der Urne genehmigte. Dort spülte die neue Steuer zwischen Mai 2015 und Januar 2016 rund 1,5 Millionen Dollar in die Stadtkasse. Allerdings lassen sich die beiden Abgaben nicht eins zu eins vergleichen; auch zählt Berkeley bloss etwas mehr als 100 000 Einwohner.

In Philadelphia sahen die Lokalpolitiker bewusst von einem Referendum ab – auch weil Umfragen immer wieder darauf hindeuteten, dass die Steuer an der Urne scheitern würde. Zuletzt sprachen sich in der Millionenstadt 58 Prozent gegen die neue Abgabe aus. Die Umfrage wurde allerdings von der ABA finanziert.

Für die US-Getränkeindustrie ist die Nachricht aus Philadelphia dennoch ein herber Rückschlag. Coca-Cola, Pepsi und Konsorten stehen mit dem Rücken zur Wand, weil sich das Konsumverhalten der Amerikaner recht radikal ändert. Im vorigen Jahr sank der Pro-Kopf-Verbrauch von Süsstoffen auf einen Wert, wie er zuletzt in den Achtzigerjahren gemessen worden war.

Kunsthändler sind auch jedermann

Morgen Sonntag geht die Art Basel zu Ende, die wichtigste Kunstmesse der Welt. Das gibt Anlass, über Kunst als Anlageform, als Investment, zu schreiben. Dass Kunst eine Anlagekategorie bildet, belegen wissenschaftliche Publikationen und zahlreiche Äusserungen von Sammlern wie etwa Reinhold Würth, der seine rund 17 000 Werke umfassende Sammlung vor allem zu Anlagezwecken erschaffen hat – er sei schliesslich Kaufmann. Diversifikation, Wertsicherung und Wertsteigerung stehen im Vordergrund.

Es gibt Gelder aus Verbrechen, die im Kunsthandel gewaschen werden. Da Kunst ein Wertträger ist, ist bereits der Erwerb eines Kunstwerkes mit Geld, das aus einem Verbrechen stammt, tatbestandsmässig; dann nämlich, wenn man weiss oder annehmen muss, dass das Geld aus einer Vortat stammt.

Der Kunstmarkt ist geprägt von Eigenschaften, die in Kombination eine Eignung für Geldwäscherei schaffen. Ein Bericht der interdepartementalen Koordinationsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (KGGT) über die nationale Beurteilung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierungsrisiken in der Schweiz von 2015 nennt Faktoren, die generell unlautere Investitionen im Kunstmarkt begünstigen und die in Verbindung mit weiteren Aspekten geldwäschereifreundliche Betriebsbedingungen des Kunstmarktes bilden:

- Die Identifikation der Kunstgegenstände ist schwierig.
- Aufgrund subjektiver Einflüsse lässt sich der Wert der Werke nur schwer bestimmen.
- Es sind erhebliche Summen im Spiel.
- Geldwäscherei beeinflusst den Wert der Gegenstände, wodurch es zu Marktmanipulationen kommt.
- Steuerbetrug ist in diesem Bereich gang und gäbe.
- Die Transaktionen lassen sich heimlich abwickeln.
- Die Geschäftspartner können anonym oder virtuell bleiben.
- Auktionen lassen sich leicht manipulieren.

Der Kunstmarkt lässt sich zudem mit seiner von Diskretion

und Intransparenz geprägten Kultur nur schwer kontrollieren. Die Nutzung des Kunstmarktes lässt sich im Übrigen aus kriminologischer Sicht mit dem ökonomischen Ansatz des rationalen Handelns erklären. Denn der rationale denkende Mensch (homo oeconomicus) wählt die Handlungsalternative mit den geringsten Kosten im Vergleich zum grössten Nutzen. Auf dem nahezu unregulierten Kunstmarkt ist das Ent-

AUSSICHTEN

deckungsrisiko (Kosten) äusserst gering, und es können grosse Geldsummen gewaschen werden (Nutzen).

Dass die Drogenmafia mit Kunst Geld wäscht, ist bekannt: In Europa soll der jährliche Umsatz im Drogenhandel gegen 30 Milliarden Euro betragen. Die UNO geht davon aus, dass weltweit 320 Milliarden Dollar umgesetzt werden. Die Annahme, dass ausgerechnet der Kunstmarkt als Vermögensanlage für die (Drogen-)Mafia aussen vor bliebe, wäre äusserst naiv und wirklichkeitsfremd. Das bekannteste Beispiel dafür, dass Kunst für Drogenhändler attraktiv ist, bildet Pablo Escobar, einer der berühmtesten Drogenbarone. Er hatte eine bedeutende Kunstsammlung. Als er auf der Flucht war, versuchten seine Familie und seine Banker, unter anderem die Sammlung zu verkaufen.

In Reggio di Calabria kann man gegenwärtig eine grosse Kunstsammlung anschauen, die aus 125 Gemälden besteht und mit schmutzigem Geld erworben wurde; dieses Geld hat ein mittlerweile verurteilter Unternehmer im Umfeld und in Zusammenarbeit mit einem Mafia-Clan verdient. Das ist bei weitem nicht der einzige Fall.

Was Gelder aus Korruption und der Plünderung öffentlicher Kassen angeht: Man staunt immer wieder von neuem; oftmals wird der Reichtum demonstrativ zur Schau gestellt von Potentaten und ihrem Umfeld – und niemand denkt sich etwas dabei. Der öffentlich gezeigte Reichtum russischer Oligarchen in London, die Immobilienkäufe von Investoren aus Griechenland und den nordafrikanischen Umsturzregionen sowie der ostentative Luxus von Potentaten aus Asien und Afrika mit ihren Luxuswagen, Kunstkäufen – all das hat London den Ruf eingebracht, Europas grösstes Zentrum für Geldwäsche zu sein.

Allerdings: Nicht nur dort drückt man beide Augen zu und will gar nichts Genaueres wissen über die Herkunft der Vermögenswerte, die auf den Tisch gelegt oder von Briefkastenfirmen überwiesen werden. Auch Auktionshäuser und Galeristen ist das egal, wie viele Beispiele belegen. So beschreibt unter anderem der Sammler Erling Kagge in seinem Buch «A poor collectors guide to buying art» einen Abend bei Gagosian, einem der mächtigsten Galeristen der Welt, wo korrupte Russen mit zu Gast waren. Das ist durchaus salonfähig.

Wenn Galerien und Auktionshäuser sich nicht damit auseinandersetzen, woher politisch exponierte Personen und Oligarchen ihre Vermögen haben, untergraben sie die nationalen und internationalen Bemühungen, die Korruption und die Plünderung von Staatskassen zu verhindern, und helfen mit, dieses Verhalten zu «belohnen», indem sie Unterstützung zum Geldwaschen bieten. Das ist strafbar: Täter der Geldwäscherei kann jedermann sein – auch ein Kunsthändler ist ein Jedermann.

MONIKA ROTH
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

HINWEIS

Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktaufsicht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.

EU schiebt den Riegel

STEUERSCHLUPFLÖCHER sda. Die EU-Finanzminister haben sich gestern über Massnahmen zur Bekämpfung von Steuerschlupflöchern für Konzerne grundsätzlich geeinigt. Da aber noch nicht alle Staaten definitiv grünes Licht geben konnten, gibt es ein Widerspruchsrecht bis Montagmitternacht.

Bis dahin werden die Details zur Vorlage nicht öffentlich gemacht – bleiben also quasi «geheim». Es sind die Finanzminister aus Belgien und der Tschechischen Republik, die mit ihren Premierministern erst noch Rücksprache nehmen müssen, bevor sie definitiv dem Kompromisspapier zustimmen können.

«Aber in der Sache ist es geregelt», sagte der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble nach dem Treffen in

Luxemburg. Einem Diplomaten zufolge ist es daher unwahrscheinlich, dass einer dieser beiden Staaten vom Widerspruchsrecht Gebrauch machen wird.

EU entgehen 50 bis 70 Milliarden

Im Januar hatte EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici ein Paket mit verschiedenen Massnahmen zur Steuervermeidung vorgestellt. Denn nach jüngsten Schätzungen Brüssels entgehen den öffentlichen Kassen in der EU dadurch nämlich jährlich zwischen 50 und 70 Milliarden Euro. Diese Steueroptimierungen seien schädlich für die Volkswirtschaften und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft, sagte der französische Finanzminister Michel Sapin.

ANZEIGE

Meine Bank

Luzerner Kantonbank